

An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1

11011 Berlin

- **Für Ihre Unterlagen** -

Petition an den Deutschen Bundestag
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Persönliche Daten des Hauptpetenten

Anrede	Herr
Name	Kluge
Vorname	Tilman
Titel	Dipl. Ing. agr.

Anschrift

Wohnort	Bad Homburg v.d.H.
Postleitzahl	61352
Straße und Hausnr.	11a
Land/Bundesland.	Deutschland
Telefonnummer	01743901460
E-Mail-Adresse	x@igsz.de

Wortlaut der Petition

Der Bundestag möge die Regierung veranlassen, aus gegebenem Anlass (nunmehr Vollzug des durch die Regierung Merkel initiierten KKW Stops)

a) über die neuesten Erkenntnisse hinsichtlich der Gefährdung von KKW in D durch Tsunamis zu berichten und darüber,

b) welche Flächen in D unbeschadet der dort aktuellen politischen Beschlusslage für

ba) künftige KKW

bb) Brennelemente*-Entsorgungseinrichtungen ("Endlager")

bc) Materialien aus KKW-Rückbau

wegen Tsunami-Gefahr auszuschließen sind.

Begründung

I Hinweis: Diese Einlassung ist eine Bitte an die Volksvertretung iSd Art. 17 GG

II Gründe:

a) Der aktuelle KKW-Stop resultiert aus einer Energiepolitik, die anlässlich dessen begann, daß drei Tage nach der durch ein Erdbeben bzw. in dessen Folge durch einen Tsunami (!) verursachten Havarie KKW Fukushima in Japan Bundeskanzlerin Merkel (CDU) und Vizekanzler Westerwelle (FDP) am 14. März 2011 ein dreimonatiges KKW-Moratorium (im folgenden "Moratorium") beschlossen. Dies war der Anfang vom endgültigen Ausstieg der Kernenergienutzung in D, der inzwischen auf das Fj 2023 terminiert ist und die Aktualität dieser Petition begründet. Eine materiell triftige Begründung über die petitionsgegenständliche Ursache "Tsunami" hinaus fehlte schon von Anbeginn des Moratoriums incl. der Behandlung früherer einschlägiger Einlassungen iSd Art. 17 GG und so auch, Fortschritte in der Gefahrenanalyse für KKW (...) vorausgesetzt, bis dato.

ba) Zum einen könnten auch im Abbau befindliche KKW sowie Brennelemente-Lager durch Tsunamis gefährdet werden. Dadurch erledigen sich weder frühere einschlägige Petitionen noch diese Petition, weil der Anlass ausdrücklich nicht entfiel.

bb) Zum anderen muß weiter daran gearbeitet werden, die materiell rationale Triftigkeit des Moratoriums zu analysieren.

bba) Bisher liegen keine das Moratorium untermauernde Angaben darüber vor, daß mit hinreichender Sicherheit Tsunamis zu erwarten sein würden und wo.

bbb) Umgekehrt liegen keine das Moratorium ad absurdum führende Angaben darüber vor, daß mit

hinreichender Sicherheit keine Tsunamis zu erwarten seien.

bca) Diese Angaben sind aber essentiell dafür, um hinsichtlich einer Tsunami-Gefahr Tabu-Standorte für künftige KKW und Tabu-Standorte für die unverantwortlicherweise (!) immer noch nicht festgestellten Standorte für die Entsorgung von Brennelementen* und KKW-Rückbauprodukte verbindlich ermitteln zu können bzw. (endlich) zu ermitteln.

bcB) Gleiches gilt umgekehrt für die in strikter öffentlicher Transparenz zu erfolgende Ermittlung und Feststellung einschlägig nutzbarer Standorte für die Entsorgung von Brennelementen* und KKW-Rückbauprodukte, dies unter der längst überfälligen Vernachlässigung von offensichtlich solchen planerischen Vorhaben (Planungsphase) wie auch baulichen Vorhaben (Realisierungsphase) entgegenstehenden, weil nach wie vor dominierenden, NIMBY-Kriterien.

*) "eingefahrener", auch wenn physikalisch unsinniger (und statt als Vergleich angenommener vielmehr auch von Menschen in Unkenntnis jeglicher kkw-technischer Zusammenhänge wörtlich genommener und daher, wie es der Petent erlebte, sogar insoweit "klimarelevant" contra KKW bemühter) Begriff für die in KKW eingesetzten Energieträger

Anregungen für die Forendiskussion

Inwieweit ist es politisch gerechtfertigt, eine Technik aufgrund materiell in D auszuschließender Gründe abzulehnen?

Soweit Sie es für wichtig halten, senden Sie bitte ergänzende Unterlagen in Kopie (z.B. Entscheidungen der betroffenen Behörde, Klageschriften, Urteile) **nach Erhalt des Aktenzeichens** auf dem Postweg an folgende Kontaktadresse:

Deutscher Bundestag
Sekretariat des Petitionsausschusses
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: (030)227 35257
